

PRESSEMITTEILUNG

Einstellungszahlen – keine Euphorie bei Junglehrern

Kritik an Einstellungspolitik und zu großen Klassen

Die Arbeitsgemeinschaft der Bayerischen Junglehrer (ABJ) im Bezirk Unterfranken reagiert mit gemischten Gefühlen auf die Veröffentlichung der Einstellungszahlen der Regierung von Unterfranken.

Die Junglehrer freuen sich einerseits über die genannten 166 Stellenbesetzungen, die größtenteils Wiederbesetzungen durch Pensionierungen sind. "Wir begrüßen auch von unserer Seite junge Kolleginnen und Kollegen, die hoch motiviert sind, mit Kindern und Jugendlichen zu arbeiten und Innovationen aus der Ausbildung mit in den Schulalltag bringen", so der Vorsitzende der ABJ Unterfranken, Kai Feser. "Die Anstellungssituation ist insgesamt gesehen auf jeden Fall günstiger als im Vorjahr", kommentiert er. "Trotzdem gehen bayernweit über 1000 junge Grundschullehrerinnen und -lehrer leer aus." Hinzu kommt die lange Liste der Altbewerber vom Vorjahr. Aufgrund der damals extrem hoch angesetzten Staatsnote im Grundschulbereich (1,85) fanden über 1200 junge Lehrerinnen und Lehrer keine Stelle. "Auch sie brauchen nun eine Chance und müssen zum Zug kommen", betont Feser.

Bayernweit ergibt sich also die Situation, dass etwa die Hälfte der Absolventen auf der Straße steht, obwohl nach wie vor die Klassen zu groß sind, es zu viel Unterrichtsausfall und zu wenige Ganztagschulen gibt. Die ABJ weist darauf hin, dass nur mit einer deutlichen Verminderung der Klassengrößen die komplexer gewordenen Lehr- und Erziehungsaufgaben an den Schulen erfüllt werden können. Erziehung spielt in der Schule eine zentrale Rolle. Da vielen Kindern Orientierung fehlt, brauchen sie neben der Vermittlung von Wissen auch Rituale und verlässliche Ansprechpartner, die auf ihre Persönlichkeit angemessen eingehen können.

Der stellvertretende Vorsitzende, Jochen Wahlen, fügt hinzu: "Viele junge Lehrerinnen und Lehrer mit Arbeitsverträgen müssen mit relativ schlechtem Einkommen über die Runden kommen. Zum Desaster wird es dann, wenn diese Verträge zeitlich befristet sind. Nicht selten stehen Existenzen auf dem Spiel. Vor allem dann, weil in Ballungsräumen die Lebenshaltungskosten besonders hoch sind." Wahlen sieht hinter den Vertragskonstrukten eine Sparmaßnahme des Kultusministeriums, die zu Lasten vieler Schulen geht. Besonders kritisch beurteilt die ABJ, dass die Verträge in vielen Fällen nicht zum Schuljahresanfang beginnen, sondern erst im laufenden Schuljahr. Dies hat zur Folge, dass junge Lehrer/innen z. T. hohe Verdienstaufschläge und kurzfristige Umzüge in Kauf nehmen müssen. Viele junge Pädagogen müssen sich zusätzliche Einnahmequellen suchen, was den Schulalltag belastet und nach Ansicht der ABJ demotiviert.

Hinzuzufügen ist der Erklärung der Regierung, dass unter den 65 nach Oberbayern abzugebenden Junglehrern auch 22 Verheiratete sind, da die Anzahl lediger Bewerber nicht ausreicht, um den Vorgaben des Kultusministeriums Rechnung zu tragen. Für die meisten bedeutet dies einen großen Einschnitt und ist mit zusätzlichen finanziellen Belastungen verbunden.